



Antrag der KPV Kreisverband Stade

Der Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Stade möge beschließen:

Bessere Finanzausstattung der Gemeinden - Kommunalfinanzen neu ordnen!

Alleine 2018 gibt das Land über 43 Mio. Euro an Bedarfszuweisungen an Kommunen. Für aktuell 28 Kommunen springt das Land mit bis zu 5 Mio. Euro bzw. 10 Prozent des Fehlbetrages zur Unterstützung ein. Ganz überwiegend benötigen die Zuwendungsempfänger jedes Jahr Unterstützung. Dieser regelmäßige und wiederkehrende Unterstützungsbedarf trifft nicht nur kleine, in strukturschwachen, ländlichen Regionen gelegene Kommunen, sondern auch Landkreise und kreisfreie Städte. Er ist ein sehr deutliches Zeichen dafür, dass das „Wie“ der Gemeindefinanzierung dringend neu geordnet werden muss.

Nach Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz muss den Gemeinden das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Dazu gehört auch die entsprechende Finanzausstattung, die Regelungen und ein Gestalten erst möglich machen. Heute ist genau diese Funktion der Gemeinden vor Ort wegen der nicht ausreichenden Finanzierung massiv gefährdet. In kommunalen Haushalten stehen die ganz überwiegenden Anteile des Geldes, regelmäßig über 95 % aller Haushaltsmittel, nicht zur Verfügung, um örtlichen Angelegenheiten zur regeln. Obwohl die Steuereinnahmen so hoch sind wie nie zuvor, ist vor Ort kein Geld vorhanden. Es fehlt zum Beispiel, um die Straßen in adäquaten Zustand zu bringen und zu erhalten. Selbst für die schlichtweg notwendigen Sanierungen von Schulgebäuden ist häufig kein Geld vorhanden.

Durch – nicht auskömmlich finanzierte - Pflichtaufgaben, Zweck- und projektgebundene Bundes- oder Landesmittel, sowie nicht nutzbare Einnahmemöglichkeiten, fehlt der lokalen Ebene Geld, um die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu veranlassen. Das Land ist in der Vergangenheit zudem seiner Pflicht zur angemessenen Steigerungen der Finanzmittel nicht nachgekommen, bestes Beispiel sind hier Personalkostenanteile, welche nicht mit den tatsächlichen Tarifierhöhungen, sondern nur mit einem (fiktiven) festen Prozentsatz berücksichtigt wurden.

Wir erwarten:

1. Die strikte Einhaltung des Konexitätsprinzips bei Übertragung von Aufgaben durch das Land an die kommunale Ebene.
Das heißt auch: Schluss mit der Umgehung, indem das Land mit nicht auskömmlichen Projektförderungen und Anschubfinanzierungen, Problemlösungen auf die kommunale Ebene „wegdelegiert“ und sich selber noch für die unterfinanzierten Projektangebote rühmt. Soweit aus Sicht des Landes sinnvoll neue Angebote eingerichtet werden sollen, müssen diese auch umfassend durchfinanziert sein.
2. Überprüfung der in der Vergangenheit liegenden Aufgabenübertragungen mit Blick auf die Konexität.

Hier sind auch die unterbliebenen Anpassungen der Vergangenheit zu berücksichtigen. Dies könnte durch ein eigenes Konexitätsgesetz in Niedersachsen geregelt werden.

3. Vereinfachung der Gemeindefinanzierung durch Maximierung der zweckungebundenen Schlüsselzuweisungen. Gleichzeitig Abschaffung von Zweckbindungen und unterschiedlichen Fördertöpfen.

Das entsprechende Geld könnte vor Ort häufig sinnvoller und zielgerichteter eingesetzt werden.

4. Einsatz auf Bundesebene zugunsten eines höheren Anteils der unmittelbaren Gemeindefinanzierungen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Ihre Steuern vor Ort ankommen. Sie sind bereit, ihren finanziellen Beitrag zu leisten, können aber nicht verstehen, dass das Geld fehlt, um z.B. abgängige Schulgebäude grundständig zu sanieren.

5. Abschaffung der Pflicht, Straßenausbaubetragsatzungen erlassen zu müssen, durch Anpassung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes.

Diese Satzungen sind nicht nur vor Ort höchst umstritten, sondern sind heute nicht mehr zeitgemäß. Damals war automobiler Mobilität in einem viel geringeren Maße vorhanden und entsprechend waren auch die Standards des Straßenbaus. Dass diese Straßen im Gemeindegebrauch nun auf Kosten der Anlieger saniert werden sollen, wird vor Ort als massive Ungerechtigkeit wahrgenommen.

Dort, wo unsere Kinder zur Schule gehen, wir in den Feuerwehren und Vereinen ehrenamtlich mitwirken, ist unser Zuhause. In unseren Kommunen, Gemeinden und Städten entscheidet sich auch, wie zufrieden, wie glücklich wir mit unserem Staat, unserem Heimatland sind und ob und wie wir bereit sind, uns dafür einzusetzen.



Michael Eble
Kreisvorsitzender KPV

KPV Kreisvorsitzender

Michael Eble
Königreicher Str. 4 A
21635 Jork
Tel.: 04142 – 912 148
E-Mail: rechtsanwalt-eble@t-online.de

Stv. Kreisvorsitzende

Kristina Kilian-Klinge
Waageweg 21
21683 Stade
Tel.: 04141 – 823 55
E-mail: krkilianklinge@aol.com

Stv. Kreisvorsitzender

Gerhard Behrmann
Loher Weg 14
21717 Deinste
Tel.: 04149 - 8135
E-Mail: behrmann-deinste@ewetel.net